

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/46. Jahrgang

Dezember 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

## Geschafft – Gießener Linke

Nach fünf Jahren getrenntem Handeln haben die Gießener Linken zusammenggefunden. Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Partei Die Linke (PDL) und Linkes Bündnis haben sich zusammengerauft und eine gemeinsame Liste zur Kommunalwahl im März 2016 aufgestellt.

Nicht allen Ansprüchen sind wir gerecht geworden. Angestrebt war, mehr Menschen aus Initiativen, Bündnissen und Gewerkschaften zu finden. Auch fällt auf, dass auf der Gießener Liste vor allem Mitglieder der PDL zu finden sind. Im Vordergrund steht jedoch der Zusammenschluss und der Wille, gemeinsam aufzutreten und zu handeln.

Für ein Wahlprogramm sind die Grundlagen vorhanden. Es besteht jedoch der Wunsch, Menschen über den Kreis der derzeit im Wahlbündnis

agierenden Personen hinaus zu finden, die an der weiteren Diskussion teilnehmen. Transparenz und offen für Argumente zu sein bleibt Anspruch.

**Die Liste für Gießen** umfasst 27 Namen, auf den ersten Plätzen: Matthias Riedl, Cornelia Mim, Michael Janitzki, Michael Beltz, Francesco Armann. - Von der DKP kandidieren weiterhin: Martina Lennartz (Listenplatz 9), Helmut Appel (12), Gernot Linhart (16), Erika Beltz (21) und Mario Berger (24).

**Die Kreistagsliste** (38 Namen): Reinhard Hamel, Marcus Link, Stefan Walther, Cornelia Mim, Leyla Karadeniz. - DKP-Kandidaten hier: Hermann Fredersdorf (20), Gunter Geis (26), Henning Mächerle (30), Helmut Appel (31) und Michael Beltz (36).



### Inhalt:

AfD/WZ: Polizei prügelt für Nazis S.2  
Feld-Schule/Flüchtlingsticket/Strom S.3  
Rhön-Klinik/Hartz IV/H. Schmidt S.4  
Gießener City/9.November/Rente S.5  
Türkei-Wahlsieg durch Gewalt/UZ-Fest S.6  
DKP zu Attentaten/Kuba/Parteitag S.7  
Flüchtlinge/Echo-Spenden/Termine S.8



Die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP von links: Helmut Appel, Martina Lennartz, Henning Mächerle, Gernot Linhart, Erika Beltz, Michael Beltz und Gunter Geis (Mario Berger und Hermann Fredersdorf waren leider verhindert)



**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

# AfD - Aufstand der verängstigten Mittelschichten

Die "Alternative für Deutschland" (AfD) wurde 2013 gegründet und entstand aus dem Zerfall der FDP und der zunehmenden Kritik aus konservativen Kreisen an der Politik von CDU/CSU. Sie hatte damals eine wirtschaftsliberale Ausrichtung. Im Juli 2015 putschte der rechte Flügel gegen Lucke und Co. Dessen Spektrum reicht von Nationalkonservativen wie Gauland und Petry bis zu Faschisten wie Björn Höcke. Schon im Mai 2013 gründete sich auch in Gießen ein AfD-Kreisverband. Die aktuellen Sprecher und Spitzenkandidaten zur Kommunalwahl sind Arno Enners und Uwe Schulz. Die Taktik der AfD wird in Enners Bericht zu seinem Demobesuch in Erfurt am 28.10.2015 deutlich.

Er beginnt mit einer Erwähnung seines alten linken Freundes aus Gorleben-Zeiten, mit dem er zusammen auf die Demo fährt. Aber die Linke wäre ja so schwach und sein alter Freund bestimmt sehr frustriert. Dann

„zitiert“ er Beiträge der Redner und die Reaktion des Publikums: Sprechchöre wie „Merkel muss weg“, „Volksverräter“ und „Lügenpresse“. Christina Baum vom Baden-Württembergischen AfD-Landesvorstand wird mit den Worten zitiert: „Nach der Grenzöffnung habe sie sich geschworen,

nenal Betriebe, Nationalismus, starker Staat und Biologismus. Die Flüchtlingsfrage steht im Mittelpunkt, aber an keiner Stelle spielen Fluchtursachen eine Rolle. 2014 äußert sich Björn Höcke zur Lage in Thüringen: „Thüringen befindet sich mitten in einer demographischen Katastrophe.“



sich niemals mehr den Mund verbieten zu lassen.“ Hier ist wieder das Bild „wir sind das Volk“ und wir nehmen doch nur unser demokratisches Recht war. In der Programmatik finden sich scheinbar Unvereinbares: demokratische Kontrolle der kommu-

Auch außenpolitisch sucht er den „Dritten Weg“: „Ohne außenpolitische Bewegungsfreiheit keine Zukunft unserer Nation.“

Gerne wird solchen Parteien wie der AfD das Etikett „Rechtspopulistisch“ aufgeklebt. Dies verschleiert mehr als dass es verdeutlicht. Dieser Parteityp kommt aus dem Neofaschismus der 1970er Jahre. Die klügeren Faschisten erkannten, dass mit einem allzu deutlichen Bezug

auf den historischen Faschismus keine Massen zu gewinnen waren. Es entstand die Bewegung des „Dritten Weges“ - damals zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Teilweise wurde sogar versucht, eine Verbindung zu linken Kreisen herzustellen (Querfrontkonzept); all dies findet man bei der AfD

## Wetzlar: Polizei prügelt Faschisten die Straße frei

In Wetzlar hat die Polizei am 14. November einer Nazidemonstration den Weg unter Einsatz von Reizgas und Schlagstöcken frei geprügelt. Die Faschistin Melanie Dittmer hat einen Fackelmarsch an einer Unterkunft für Geflüchtete vorbei unter dem Titel „Wetzlar wehrt sich! - Asylmissbrauch stoppen!“ angemeldet. Der Staat hat entschieden, den Faschistinnen und Faschisten den Weg mit aller Gewalt zu ebnen. Eine Gruppe von entschlossenen Antifaschistinnen und Antifaschisten hat sich dem Demonstrationzug dennoch in den Weg gestellt, um Angriffe gegen Geflüchtete und Andersdenkende – wie sie in der letzten Zeit gehäuft in Deutschland vorkommen – zu verhindern. Die Polizei ging daraufhin auf die friedlich singenden Demonstranten mit Schlagstöcken und Reizgas vor. Auch Hunde wurden für diese widerwärtige Arbeit missbraucht. Mehrere Menschen wurden dabei teilweise schwer verletzt, alle wurden so von der Straße entfernt und anschließend von der

Polizei eingekesselt. Ein Genosse musste mit dem Krankenwagen abtransportiert werden, da zuerst auf ihn eingetreten wurde und ihm dann aus nächster Nähe Reizgas in die Augen gesprüht wurde. Eine Augenärztin konnte direkt vor Ort erste Hilfe

Der deutsche Staat hat einmal mehr gezeigt, auf welcher Seite er steht: auf der Seite der Faschistinnen und Faschisten. Wie viele Flüchtlingsunterkünfte müssen noch brennen? Wie viele Menschen müssen noch im Mittelmeer ertrinken und wie viele Menschen



müssen noch von faschistischen Organisationen umgebracht werden, bis die Menschen in Europa aufwachen und merken, dass die Politik der EU und die Faschisten Hand in Hand zusammenarbeiten? Der Faschismus ist nur eine andere Herrschaftsform des Kapitals, der Kommunismus eine Alternative, vor der sich die Herrschenden fürchten, deswegen werden sie weiterhin ihre Diener gegen uns einsetzen und faschistische Bewegungen gegen uns in Stellung bringen, sie schützen, unterstützen und aufbauen.

Alternative, vor der sich die Herrschenden fürchten, deswegen werden sie weiterhin ihre Diener gegen uns einsetzen und faschistische Bewegungen gegen uns in Stellung bringen, sie schützen, unterstützen und aufbauen.

SDAJ Gießen/Marburg

## Friedrich Feld war „lupenreiner Nazi“

Wie wir schon im September-Echo meldeten, war der Namensgeber der Friedrich Feld- Schule ein Nazi. Das hat jetzt auch das Gießener Stadtarchiv bestätigt. Die Berufsschule war 1968 nach dem Gründer ihrer Vorläuferschule benannt worden.

Sein politischer Werdegang war schon damals weitgehend bekannt, trotzdem schlug die damalige Gesamtkonferenz der Schule diesen Namen vor. Die Stadtverordnetenversammlung fragte nicht lange nach und folgte diesem Vorschlag.

Nachdem jetzt bekannt wurde, wie anrühlich der Schulname ist, reagierte die Schulkonferenz erfreulich schnell.

Trotz anfänglicher Widerstände in der Lehrerschaft („wir lassen uns nicht von außen unter Druck setzen“) distanzierte sich die Konferenz einstimmig von Friedrich Feld und beschloss, einen neuen Namen zu suchen.  
Gernot Linhart

## Flüchtlingsticket – ein faules Ei

Weil angeblich viele Flüchtlinge in den Bussen keinen Fahrschein haben, hat Bgm. Weigel-Greulich eine Idee:

Ähnlich dem Semesterticket, mit dem Studierende die Stadtbusse nutzen, soll den Flüchtlingen als „Sachleistung“ ein Zwangs-Ticket aufgedrückt werden, egal ob sie das wollen oder nicht. Entsprechende Verhandlungen würden mit dem RMV geführt, in dessen Aufsichtsrat auch Weigel-Greulich sitzt. Das Geld dafür soll vom Taschengeld abgezogen werden; das beträgt 143 Euro. Eine Monatskarte kostet 43.-, mit Gießen-Pass 21.50 Euro (haben den Flüchtlinge überhaupt?).

Den Reibach machen die Stadtwerke, die dadurch monatlich zusätzliche Einnahmen von grob gerechnet 200.000 bzw. 100.000 Euro hätten.

Und was geschieht mit den Gewinnen der Stadtwerke? Sie fließen in den städtischen Haushalt.M.B.



Weinheim, 21.11.15: Zum dritten Mal durfte die neofaschistische NPD unter Polizeischutz ihren Parteitag in Weinheim durchführen. Dagegen protestierten 1500 Demonstranten, wobei es zu Auseinandersetzungen mit der prügelnden und Pfefferspray versprühenden Polizei kam. 200 Demonstranten wurden verhaftet, 120 verletzt. - Gegen die NPD läuft derzeit ein zweites Verbotverfahren; das erste war eingestellt worden, weil nicht auseinandergehalten werden konnte, ob die faschistische Praxis der NPD von "normalen" Mitgliedern oder vom Verfassungsschutz ausging. Nach Artikel 139 des Grundgesetzes müssten alle faschistischen Parteien verboten sein.

## Es darf gelacht werden

Die Ausländer-Phobie der AfD treibt Blüten. In Ihrer Satzung ist vermerkt: „Übersteigt der Anteil der Mitglieder ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Landesverband 49%, ist deren Aufnahme bis zum Ausgleich auszusetzen.“ Als ob ausgerechnet ausländische Mitbürger in eine Partei drängen würden, deren oberster und fast einziger Inhalt die Ausländerfeindlichkeit ist - genauso wenig wie vermutlich Frauen. Der neu gewählte achtköpfige Kreisvorstand ist ausschließlich männlich und in gesetztem Alter, lediglich in den Ortsvorstand hat sich eine Frau verirrt.

## 352 000 Stromsperrungen

Die Zahl der Stromsperrungen ist in Deutschland im vergangenen Jahr auf einen Höchststand von 352 000 gestiegen. Die Zahl der betroffenen Personen dürfte bei weit über einer Million liegen, denn oft müssen Familien, Wohn- oder ganze Hausgemeinschaften ohne Strom auskommen. Die Sperrungen verursachen hohe Kosten, die eh schon arme Menschen in weitere Verschuldung treiben. Jede Stromsperrung ist eine Katastrophe für die Betroffenen, jede einzelne ist eine zu viel. Politiker und Energieversorger behaupten immer wieder, an jeder dieser Sperrungen seien die jeweiligen Stromkunden selbst schuld, sie hätten viele Möglichkeiten gehabt, diese zu vermeiden. Sie haben keine Ahnung von der Wirklichkeit, oft sind die Betroffenen aus psychischen oder anderen persönlichen Gründen gar nicht in der Lage, auf die ankündigenden Schreiben angemessen zu reagieren. In jeder Stadt und bei jedem Energieversorger müsste es Beauftragte zur Vermeidung von Stromsperrungen geben.

Am 2. Dezember wird um 18 Uhr im Sozialausschuss auf Anregung des Stv. Michael Beltz ein Vertreter der Stadtwerke Auskunft über Stromsperrungen in Gießen geben.

## Rhön-Kliniken AG will wieder Krankenhäuser kaufen

Die Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen-Marburg, hat vor etwa 2 Jahren einen großen Teil ihrer im Jahrzehnt davor aufgekauften Kliniken weiterverkauft. Neuer Besitzer wurde ein anderer Medizinkonzern, die Fresenius AG. Rhön hat dabei ein tolles Geschäft gemacht. Die meisten Häuser waren billig gekauft worden, manchmal für nur einen Euro. Durch Umorganisation, Personalabbau, Ausgliederungen und andere Maßnahmen auf Kosten der Beschäftigten und der Pflegeleistungen wurden die Kliniken profitabel gemacht

und dann teuer zum Weiterverkauf angeboten. Etwa 2 Milliarden Euro hat dieser Deal dem Konzern eingebracht. Dieses Geschäftsmodell soll jetzt weiterverfolgt werden, es sollen wieder kommunale oder staatliche Kliniken aufgekauft werden – wohl um sie in ein paar Jahren wieder teuer anbieten zu können. Die fortschreitende Privatisierung des Gesundheitswesens macht aus Krankenhäusern, bei denen doch das Wohl der Patienten im Vordergrund stehen sollte ganz gewöhnliche Spekulationsobjekte.

Gernot Linhart



## Hartz IV: Unglaublicher Zynismus

Am 18. November wurde erneut deutlich, zu welchen Verzweiflungstaten Hartz IV treibt. In einem Jobcenter von Mörlenbach (Kreis Bergstraße) hat sich ein 32-jähriger Hartz-IV-Bezieher mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und selbst angezündet. Er erlitt lebensgefährliche Verbrennungen und wurde mit einem Rettungs-Hubschrauber in die Klinik gebracht.

Was folgt daraus? Denkt man über das System der Grausamkeiten und Erniedrigungen nach, die Hartz IV mit seinen Sanktionen darstellt? Nein. Da der Mann - brennend - in ein Büro trat und dort ein Mitarbeiter von den Flammen erfasst wurde (er erlitt leichte Verletzungen), hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl „wegen versuchter Tötung“ beantragt. Das Motiv sei unklar, heißt es, und der Täter habe bereits in der Vergangenheit betrunken randaliert... Na, dann ist ja alles klar, selber schuld – nur nicht nach den Ursachen fragen! - In den Medien wurde darüber fast nicht berichtet. Inzwischen wurde tatsächlich wegen versuchten Tötungsdelikts der Haftbefehl erlassen. E.B.



Aber natürlich ist Afghanistan ein sicheres Herkunftsland – es besteht schließlich nicht nur aus Krankenhäusern !!



## Helmut Schmidt: Vater des Sozialabbaus

Zum Tod des SPD-Politikers und ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt gab es in der Presse Unterschiedliches zu lesen. Dabei konnte natürlich nicht an alle seine „Erfolge“ erinnert werden. Einer davon war zum Beispiel das während seiner Kanzlerschaft von 1974 bis 1982 verabschiedete „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz“ vom 27.06.1977. Dies sah unter anderem vor, dass sich die gesetzlich Versicherten mit 1 DM an jedem verordneten Arznei-, Verband- oder Heilmittel zu beteiligen hatten, 20% der Kosten für Zahnersatz waren nun selbst zu zahlen, Zuschüsse für Kuren wurden eingeschränkt.

Damit wurde die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens - bisher zu gleichen Teilen von Unternehmern und abhängig Beschäftigten aufgebracht - aufgehoben.

Dieser einschneidende Sozialabbau wurde fortgesetzt von CDU-Kanzler Kohl und seiner Losung: „Weg mit dem Sozialklimbim“. Er fand seinen – bisherigen – Höhepunkt in der Agenda 2010 von Schröder (SPD) und Fischer (Grüne), die mit Hartz IV die Arbeitslosenversicherung faktisch abschafften, die Armut zum Gesetz erhoben.

Diese Funktion von Helmut Schmidt als Vater des Sozialabbaus blieb in seinen zahlreichen Würdigungen unerwähnt. Wir holen das gerne nach.

Rainer Grabowski

# Problemzone Gießener City



## Rente steigt – viele bleiben trotzdem arm

Ab Mitte 2016 ist eine Steigerung der Renten um 4 bis 5% angekündigt. In manchen Pressemeldungen wird so getan, als würde dadurch bei Rentnern der Wohlstand ausbrechen. Dabei reicht diese Steigerung nicht einmal aus, den Kaufkraftverlust der letzten 10 bis 15 Jahre auszugleichen. Um Altersarmut zu bekämpfen, müsste das Rentenniveau insgesamt und vor allem für niedrige Renten deutlich angehoben werden. G.L.

Das Dauerthema „Trinkerszene auf dem Marktplatz“ kommt mit dem Weihnachtsmarkt und dem bevorstehenden Winter wieder auf die Tagesordnung. Es wird sich auch weiter in gleichem Maße zuspitzen, in dem Armut, Arbeits- und Obdachlosigkeit zunehmen werden. Es ist bereits heute nicht nur der Marktplatz, wo sich getroffen, getrunken und sich erleichtert wird, sondern ebenso in den umliegenden Straßen: Waagengasse, Sandgasse bis hin zu Bahnhofstraße und Seltersweg. Die fehlenden Toiletten sind dabei ein Hauptproblem. Wer will schon bis zum Brandplatz laufen, so er denn diese Toiletten überhaupt kennt. Es gibt nicht einmal Hinweisschilder.

Die Maßnahmen der Stadt beschränken sich auf Polizeikontrollen und „aufsuchender Sozialarbeit“, die absolut unzureichend ist und bei einem Etat von 50.000 Euro auch so gut wie nichts erreichen kann.

Die DKP fordert seit langem einen Aufenthaltsraum beziehungsweise eine Wärmestube mit preiswertem Getränkeauschank und sanitären Einrichtungen. Sie hat diese Forderung wiederholt über die Linksfraktion

im Stadtparlament gestellt; dies wurde abgelehnt. Natürlich ist auch damit keine grundsätzliche Lösung verbunden, aber den Menschen, die diese Gesellschaft ausgegrenzt hat, wäre unmittelbar ein wenig geholfen. Notwendig wäre die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ausreichender preiswerter Wohnraum für alle – aber das ist im Kapitalismus nicht das Ziel.

Der Einzelhandel in der Innenstadt beklagt nicht nur die Trinkerszene, sondern zunehmende Diebstähle („fast verdoppelt“) bei gleichzeitigem Rückgang des Umsatzes („um bis zu 30%“). Bei nachlassender Kaufkraft ist eine Umsatzsteigerung schwerlich zu erreichen. Die Stadtmarketing strebte daher eine City-Streife an, die sich – selbst finanziert – vornehmlich um die Ladendiebe kümmern sollte. Aber daraus wurde nichts: 5 von 60 Händlern lehnten ab; es war ihnen (besonders den Filialbetrieben) zu teuer. Die CDU möchte die polizeilichen Streifen verstärkt in der Innenstadt einsetzen und plädiert ohnehin für die Wiedereinführung des „freiwilligen Polizeidienstes“. Aber auch hierfür „fehlt das Geld“. M.B.

## 9. November: Antifaschistisches Gedenken

Am 9. November hatte das Antifa-Plenum Gießen zu einer Kundgebung anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht aufgerufen. Über ihre Transparente und Flyer machten sie den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus deutlich. Anti-



faschistisches Gedenken muss auch immer eine Kritik an den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen sein. Etwa 80 Antifaschisten legten zusammen einen Kranz am Mahnmal der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft vor dem Rathaus nieder und sangen zusammen das Lied "Die Moorsoldaten", das 1933 von Häftlingen des Konzentrationslagers Bör-

germoor im Emsland geschaffen worden war - der bewegendste Moment des Abends.

Der anschließende Mahngang, der zum zweiten Mal unter der Leitung des "Bündnisses gegen Antisemitismus und Antizionismus" stattfand, bestätigt die Entwicklung des letzten Jahres: eine weitgehende Entpoli-

tisierung des früher politischen Mahngangs am 9. November. Die meisten Redebeiträge haben nichts erklärt und keine Zusammenhänge hergestellt. Wenn sie versuchten etwas zu erläutern, war die Linie einfach, alle sind Antisemiten – vor allem alle Deutsche – nur wir nicht. Der gemeinsame Block linker Demonstrationsteilnehmer war eine Ausnahme. H.M.

# Türkei–Wahlsieg durch Gewalt

Im Juni erlebte die AKP, islamistische Partei des Staatspräsidenten Erdogan, eine unerwartete Niederlage. Statt der erhofften absoluten Mehrheit erhielt die Partei nur ca. 40% der Stimmen, was zu einer Alleinregierung nicht reichte. Statt zu versuchen, eine Koalition zu bilden, reagierte Erdogan wie ein Mafiaboss: mit Gewalt. Er kündigte den Friedensprozess mit den Kurden auf, ließ Polizei und Militär auf Oppositionelle schießen. Die konsequenteste Oppositionspartei, die Partei der Völker HDP, wurde massiv bekämpft, AKP-Anhänger stürmten Parteibüros und bedrohten Politiker. Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen wurden angegriffen, geschlossen oder okkupiert. Der Terrororganisation Islamischer Staat wurde genug Freiraum gelassen, um mit Bombenattentaten Tod und Schrecken zu verbreiten. Regierungsmitglieder verkündeten, wenn bei einer Wahlwiederholung wieder nicht die absolute Mehrheit erzielt werde, käme eine Terrorwelle auf das Land zu. Für die Zeit nach der Wahl wurde blutige Rache

an politischen Gegnern angedroht. In den westlichen Medien wurde darüber berichtet, als sei so etwas ganz normal. Kurz vor der Wahl stattete Bundeskanzlerin Merkel dem türkischen Gewaltherrscher einen Besuch ab. Sie hielt ihm aber nicht, wie bei vielen Besuchen in anderen Ländern, einen Vortrag über Menschenrechte, sondern bot ihm einige Milliarden Euro an für das Versprechen, Kriegsflüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan in der Türkei zu internieren, um ihnen den Weg nach Europa abzuschneiden. Erdogan erreichte sein Ziel: bedroht von der AKP, verlassen von den Regierungen der EU, gaben wieder 50% der Wähler der Regierungspartei ihre Stimme – gegenüber einem Bürgerkrieg erschien das vielen als das kleinere Übel. Aber auch die Partei der Völker kam wieder ins Parlament. Der Terror durch Polizei, Militär und fanatische Erdogan-Anhänger ging nach der Wahl sofort weiter. Der Kampf gegen Erdogans Herrschaft ist schwer und gefährlich, wird sich aber nicht stoppen lassen.

Gernot Linhart



Wer in unserer Gesellschaft leben will, muss sich anpassen!



Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

Die Tageszeitung **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 030 53 63 55 50



## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Redaktionsschluss für Januar-Echo: Mi., 23. Dez.

## Pressefest der DKP

Vom 1. bis 3. Juli 2016 findet wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP statt. Zur Finanzierung gibt es bereits die Festbuttons zu 10 bzw. 5 Euro.



# DKP zu den Attentaten in Paris und zu den Reaktionen

Wir trauern um die Opfer der Anschläge in Paris und mit ihren Angehörigen. Wir verurteilen diese Terroranschläge. Wir verurteilen aber auch die Heuchelei der herrschenden Politik. Es ist Heuchelei, wenn die Opfer von Paris für Bombardierungen, Kriegshetze und Demokratieabbau missbraucht werden, während die Opfer von Odessa, Istanbul, Ankara und Beirut und die Abertausenden Opfer von Kriegen wie in Syrien, Libyen und Irak schnell vergessen oder gar nicht erst erwähnt werden.

Es ist Heuchelei, wenn im Bundestag der sogenannte Volkstrauertag zur Kriegstreiberei benutzt wird, statt Schluss zu machen mit Rüstungsexporten und Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Wenn Bundespräsident Joachim Gauck nun die Terroranschläge gar als »Krieg« bezeichnet, dann wird die Gefährlichkeit der Situation deutlich. Denn der sogenannte Krieg gegen den Terror diente den führenden imperialistischen Ländern für ihre Angriffe auf die territoriale Integrität des

Irak, von Libyen und von Syrien, zerstörte Tausende Städte und Dörfer, brachte Millionen um ihr Hab und Gut, forderte Zehntausende Todesopfer. An diesen Kriegen verdienen die Imperialisten Milliarden. Sie schaffen den Nährboden, auf dem Terrororganisationen wie der »Islamische Staat« wachsen, sie machen Millionen Menschen zu Flüchtlingen und stürzen insbesondere Millionen junger Menschen in absolute Hoffnungslosigkeit. Das sind die wahren Hintergründe der Terroranschläge, die jetzt missbraucht werden sollen zu weiterer Kriegstreiberei und zu Demokratieabbau... Wir müssen deshalb den Herrschenden in unserem Land und in den anderen imperialistischen Staaten in den Arm fallen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, wir brauchen einen Kampf gegen Demokratieabbau und Rassismus. Wir brauchen endlich energische Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Altersarmut. Für Inländer und für Einwanderer.



## Parteitag der DKP

Auf dem 21. Parteitag der DKP, der am 14./15. November in Frankfurt stattfand, wurde mit dem beschlossenen Leitantrag und der Handlungsorientierung die politische Linie für die nächsten zwei Jahre festgelegt - mit den Schwerpunkten: Kampf um Frieden und antifaschistischer Kampf. Fast einstimmig wurde der Beschluss gefasst, im nächsten Jahr wieder ein UZ-Pressfest durchzuführen, das vom 1. bis 3. Juli in Dortmund stattfinden wird. Bereits vorher wurden zur finanziellen Absicherung hierfür mehr als 50.000 Euro gesammelt. Ein weiterer weitreichender Beschluss ist der zur angestrebten Kandidatur zu den Bundestagswahlen 2017.

Zahlreiche Gäste verfolgten den Parteitag mit großem Interesse, darunter Vertreterinnen und Vertreter von 30 kommunistischen und Arbeiterparteien aus vier Kontinenten sowie der Linkspartei und der SDAJ. Von Gießen nahmen als Delegierte Erika und Michael Beltz sowie Pablo Graubner teil. Reden, Diskussionsbeiträge, Beschlüsse und Fotos sind auf der Homepage der DKP zu finden: [news.dkp.de](http://news.dkp.de)



S. Sechaba vom ZK der KP Südafrikas während seiner Grußadresse

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**10 Wochen kostenlos testen**  
CompressVerlag, HoffnungsStr.  
18, 45127 Essen  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

## Kuba-Blockade: USA und Israel in der UNO isoliert

Mit überwältigender Mehrheit stimmten 191 von 193 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen auf der UN-Generalversammlung am 27.10.2015 für die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba. Dies war bereits die 24. Abstimmung, in der die Aufhebung der Sanktionen gegen das sozialistische Kuba gefordert wurde. Nur die USA und Israel stimmten wie üblich dagegen, sie isolieren sich so immer mehr von der Weltgemeinschaft. Die seit 53 Jahren von den USA aufrecht erhaltene Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fügt der kubanischen Wirtschaft immer noch schwere Schäden zu. Trotzdem werde sein Land nie seine Souveränität aufgeben und niemals über sein sozialistisches System verhandeln, wie Havannas Außenminister Bruno Rodríguez in New York erklärte.

**Von Normalisierung weit entfernt**  
Der kubanische Botschafter sagte in seiner Rede auf dem 21. Parteitag der DKP im November:

*„Liebe Genossen, solange die verbrecherische nordamerikanische Blockade gegen Kuba existiert, solange das illegal besetzte Territorium der Marinebasis Guantánamo nicht zurückgegeben wird, solange die von der nordamerikanischen Regierung finanzierten und gelenkten subversiven Programme gegen unser Volk nicht beendet werden und solange unser Volk nicht für die riesigen Schäden entschädigt wird, die 50 Jahre aggressive Politik angerichtet haben, können wir nicht von einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten sprechen.“*

Rainer Grabowski

## Zur Nutzbarkeit der Flüchtlingsströme

In Gießen herrscht bei einer hohen Zahl von Asylbewerbern nach wie vor Gelassenheit, Hilfsbereitschaft und Solidarität. Auch die Polizei sieht sich nicht überlastet. In anderen Teilen Deutschlands dagegen grassiert die Hysterie, die insbesondere von AfD, CSU und CDU-Innenminister de Mazière geschürt wird und Katastrophenstimmung verbreitet. Wirksame Maßnahmen, die es den Flüchtlingen ermöglichen würde, in ihrer Heimat zu bleiben, werden weder genannt noch ergriffen.

Die BRD liefert weiterhin Waffen an die Golfstaaten, die damit den IS aufrüsten und sich weigern, selber Flüchtlinge aufzunehmen. Die BRD schickt noch mehr Soldaten nach Afghanistan und erklärt es gleichzeitig zum „sicheren Drittstaat“. Die BRD kümmert sich einen Kehr um das Elend in Exjugoslawien, das sie mit ihrem Krieg verursacht hat.

Stattdessen nutzt sie die von ihr geschaffenen Ängste, um demokratische und soziale Rechte und Standards zu schleifen:

Das Grundrecht auf Asyl wird weiter ausgehöhlt, es wird schneller abgeschoben, Familiennachzug eingeschränkt, die Residenzpflicht (sich nicht frei bewegen können) verschärft und die Leistungen gekürzt.

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist – und war auch schon vor den Pariser Anschlägen – kein Tabu mehr, obwohl klar grundgesetzwidrig und die Verhängung des „Notstands“ eine Option.

Damit wird die ausländerfeindliche Stimmung verstärkt, die oft aus der Befürchtung resultiert, „wir“ müssten für die Flüchtlingsströme bezahlen, „uns“ wird wegen der Asylanter weggenommen: Wohnungen, Kita- und Arbeitsplätze und vor allem Steuergelder, die „wir“ aufgebracht haben. Ja, die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen kostet Geld. Die Rede ist von 10 bis 20 Mrd. Euro, wobei Schäuble sich brüstet, diese Summe ohne neue Kredite (mit schwarzer Null) locker machen zu können. Diese „schwarze Null“ ist ebenso wie die Schuldenbremse von A bis Z nichts anderes als Volksverdummung.

Das private Geldvermögen in der BRD ist auf die astronomische Summe von mehr als 8 Billionen (das sind 8.000 Milliarden) Euro angewachsen und befindet sich in den Händen von wenigen Superreichen. Mit einem Bruchteil dieses Geldes könnten durch eine entsprechende Steuergesetzgebung alle Probleme gelöst werden, nicht nur die zur Finanzierung der Flüchtlinge, sondern auch die im sozialen Wohnungsbau, im Gesundheits- und im Bildungswesen u.v.a.m.

Aber das wollen die Herrschenden und ihre Handlanger nicht. Nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ spielen sie ihre Untertanen gegeneinander aus und sichern so ihre Macht und ihren Profit. Denn die Herrschenden, das sind genau die, die auf ihrem Reichtum sitzen, den sie sich durch Ausbeutung zusammengerafft haben: die Kapitalistenklasse. Erika Beltz

## Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

einige werden es bereits mitbekommen haben: die Druckerei, in der das Echo gedruckt wird, hat Insolvenz angemeldet. Für uns heißt das: die Druckkosten werden nicht unerheblich steigen. Wir müssen unsere Leser/Abonnenten um mehr Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten.

Gerade angesichts der politischen Weltlage, der Kriegsgefahr und der Verelendung versucht das Gießener Echo ein Gegenpol zur bürgerlichen Presse zu sein, die sich durchweg mit kleinen Unterschieden als Sprachrohr der Herrschenden versteht.

Deshalb unsere dringende Bitte an alle, mitzuhelfen, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

**Wir bitten um Überweisung auf das Konto:**

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.**

Selbstverständlich nehmen wir auch Bargeld: am Info-Stand, bei unseren Veranstaltungen, an DKP-Mitglieder oder per Post. Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank

und hoffnungsvollen Grüßen  
Redaktion Gießener Echo



[news.dkp.de](http://news.dkp.de)

[www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)

[dkp-giessen.de](http://dkp-giessen.de)

DKP Gießen auch bei Facebook

## LL-Demo am 10. Januar in Berlin

Der Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 10. Januar 2016 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde steht hier: <http://www.ll-demo.de>. - DKP und SDAJ Hessen organisieren wieder eine Busfahrt nach Berlin. Einzelheiten bei der Echo-Redaktion.

## Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern

## Faschismus-Diagnosen

Buchvorstellung und Diskussion mit  
Kurt Pätzold

**Donnerstag, 14. Jan., 19:30 Uhr; DGB-Haus, Walltorstraße 17, Dachsaal**  
Aus dem Sprachgebrauch ist der Begriff „Faschismus“ verschwunden. Den freigemachten Platz besetzt der von der Hitlerpartei mit Erfolg benutzte Etikettenschwindel „Nationalsozialismus“. Es heißt, damit werde die Einzigartigkeit der Partei und des Regimes mit dem Hakenkreuz gekennzeichnet. Was ist mit diesem „Tausch“ gewonnen, was verloren?

Veranstalter u.a.: DGB Kreis Marburg-Biedenkopf, SDAJ Marburg-Gießen, Antifa Plenum Gießen.

**MARBURG:** Die gleiche Veranstaltung findet am Mittwoch, 13.01., 20 Uhr; im Technologie- und Tagungszentrum, Softwarecenter 3, statt.